

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgen und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwitzergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reicheneyer, in Leipzig: Eugen
Söhl, H. Engler in Hamburg: Haasestein & Vogler, in Frank-
furt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allerhöchst geurh: Dem Kreisgerichts-Rath v. Schilgen zu Arnberg und dem kath. Pfarrer Szyklowitz zu Dörlin den Rohen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, dem Zahlmeister a. D. Birkenbusch und dem emer. Pfarrer Rabe zu Wehlau den Rohen Adler-Orden 4. Klasse, dem Agen-ten Anker zu Berlin den K. Kronen-Orden 3. Klasse, und dem ersten Gefangenenträger Gerns zu Aarich das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den außerordentlichen Professor Dr. Vollmann in Halle zu ordentl. Professor in der medizinischen Fakultät dafelbst, so wie den Ober-Pfarrer und Propst zu Schlieben, Meinhäusen, zum Superintendenten der Diözese Schlieben, den Ober-Pfarrer zu Bleicherode, Oppis, zum Superintendenten der Diözese Bleicherode, den Ober-Pfarrer zu Gerbstedt, Reinhardt, zum Superintendenten der Diözese Gerbstedt, und den Pfarrer der St. Walpurgiskirche zu Grohgöttern, Groher, zum Superintendenten der Diözese Seebach zu ernennen; ferner dem Director der Provinzial-Iren-Akademie in Marsberg, Dr. Koster, den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Bei der am 19. März fortgesetztenziehung der 3. Klasse 135. Königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 R. auf Nr. 27,663. 1 Gewinn von 5000 R. auf Nr. 54,696. 2 Gewinne zu 2000 R. fielen auf Nr. 25,057 und 81,119. 1 Gewinn von 1000 R. fiel auf Nr. 15,051.

1 Gewinn von 600 R. auf Nr. 26,291. 6 Gewinne zu 300 R. fielen auf Nr. 31,968 39,399 42,320 44,735 66,450 und 88,674, und 10 Gewinne zu 100 R. auf Nr. 11,139 27,989 29,791 47,121 67,144 72,333 79,068 91,304 93,797 und 94,192.

(3. Kl. 1. Beziehungstag am 18. März.) Es fielen 13 Gewinne zu 80 R. auf Nr. 412 18,097 23,341 24,343 26,200 30,867 39,692 50,765 54,514 62,457 65,924 75,875 80,846.

34 Gewinne zu 60 R. auf Nr. 3411 4358 5095 6797 7708 10,451 11,039 20,394 24,248 25,566 28,664 29,323 31,214 32,096 33,456 34,406 36,152 38,316 40,746 40,922 48,184 49,545 50,853 54,336 56,398 68,340 68,712 72,634 72,951 80,607 81,497 87,135 93,625 94,032.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 14 Uhr Nachmittags.

Konstantinopel, 20. März. Man versichert, daß Huud Pascha auf den der Porte gemachten Vorschlag einer Abtreitung Kandias an Griechenland geantwortet habe, er könne denselben dem Sultan nicht empfehlen.

Athen, 20. März. Riccioli Garibaldi wurde hier bei seiner Ankunft enthusiastisch empfangen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 19. März. Die "Bayerische Btg." begleitet die Veröffentlichung des preußisch-bayerischen Bündnisvertrages mit einem anscheinend offiziösen Artikel, in welchem es heißt: Zur loyalen Durchführung des Vertrages gehöre, daß die bayerische Regierung mit aller Entschiedenheit, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln darauf dringt, ein dieser Vereinbarung entsprechendes Bewährungsrecht möglichst zur Durchführung zu bringen. Der Artikel schließt: "Wirtheilen nicht die Beschränkung, daß die Veröffentlichung dieses Vertrages die guten Beziehungen Deutschlands zum Auslande und namentlich zu Frankreich stören wird; wir glauben vielmehr, daß die Veröffentlichung als notwendige Consequenz des dort so offen hervorgehobenen und gebilligten Nationalitätsprinzips erachtet wird, daß man dieselbe als einen Beweis für die Einigkeit der deutschen Regierungen und eben deshalb als eine Bürgschaft des Friedens auffassen wird." — In Folge der Veröffentlichung des preußisch-bayerischen Schutz- und Trutzbündnisses hat der Militärausschuss in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, daß die Beratung über die soust dem Ausschuß vorliegenden Gegenstände bis zur Vorlage eines die ganze Materie umfassenden und regulirenden Entwurfs verschoben werde.

Wien, 19. März. Die von französischen und belgischen Blättern angeblich aus Wien in Form eines Telegramms vom 16. März mitgetheilte Behauptung, daß der Gesandte Russlands in Wien Aufklärung über die österreichischen Rüstungen verlangt habe, ist, nach offizieller Versicherung, ebenso Erfüllung, wie alles über eine bevorstehende österreichische Antwort behauptete. Der Gesandte Russlands, Graf v. Stackelberg, ist schon seit Wochen auf Urlaub von Wien abwesend.

Wien, 19. März. Die "N. fr. Pr." meldet in ihrer Abendausgabe, daß der amerikanische General-Postmeister Mauball zum Gesandten Nordamerikas am Wiener Hof ernannt worden sei.

Berl., 18. März. In einer Conferenz seiner Parteiengenossen steht Deak aneinander, daß die Beratung des Siebenbürgen-Elaborats nicht bis nach der Krönung aufgeschoben werden könne, und daß die Annahme desselben unbedingt notwendig sei, wenn das Land nicht wieder zu den früheren Zuständen zurückkehren wolle. Deak riet von Modificationen des Entwurfs ab.

London, 18. März. Die Königin von Dänemark ist hier eingetroffen. — Durch den gestrigen heftigen Sturm sind viele Schiffe verunglückt.

Petersburg, 19. März. Wie die "Senatszeitung" mittheilt, übernimmt die russische Regierung die Garantie für Binszahlung und Amortisation der Pfandbriefe der gegenseitigen Boden-Creditbank. Gutsbesitzer, die in den Westprovinzen polnische Güter gekauft haben, genießen die Gewährung eines doppelten Darlehns, für welche die Krone mit den Krongütern die erforderliche hypothekarische Sicherheit leistet.

Bukarest, 19. März. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer griff der Präsident Catargiu den ehemaligen Finanzminister Bratiens wegen dessen früherer Amtshäufigkeit an, indem er das Verhalten desselben bezüglich der mit Verlust rückgängig gemachten Anleihe bei der

ottomanischen Bank als unconstitutional bezeichnete. Bratiens wurde von der Linken und dem Centrum unterstützt, worauf sämmtliche Deputirte der Rechten vor der Abstimmung das Haus verliehen.

Belgrad, 10. März. Wie verlautet, wird Fürst Michael von Serbien am nächsten Montage sich nach Konstantinopel begeben. Die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist angegangen worden, zu diesem Zwecke einen Dampfer bereit zu halten.

Wien, 19. März. Abendblätter. Schlüß gedruckt. Gedr. Actien 183,60, Nordbahn 159,50, 1860er Poste 85,20, 1860er Poste 78,60, Staatsbahn 207,90, Galizier 216,50, Steuerfreies Anteilen 61,70.

London, 19. März. Aus New-York vom 18. d. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wochencours auf London in Gold 108, Golddag 34, Bonds 109, Illinois 118, Eriebahn 59. — Wie berichtet wird, hätten die Genfer den Präsidenten Johnson erfuht, sie als kriegsführende Partei anzuerkennen. Der Präsident soll zugesagt haben, das Gesch. in Erwägung zu ziehen. — Der Dampfer "City of Baltimore" ist in New-York angelkommen.

Norddeutscher Reichstag.

15. Sitzung am 19. März 1867.

Das Haus geht sofort zur Vorberatung des Abschnittes II. des Verfassungs-Entwurfes: Bundesgesetzgebung über, der die Art. 2 — 5 enthält. Die Art. 2 und 3 lauten: Art. 2. Innerhalb dieses Bundesgebietes übt der Bund das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Bundesgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Die Bundesgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Bundeswege, welche vermittelst eines Bundesgesetzes geschieht. Sofern nicht in dem publizirten Gesetze ein anderer Anfangstermin seiner verbindlichen Kraft bestimmt ist, beginnt die letztere mit dem vierzehnten Tage nach dem Ablauf dessen Tages, an welchem das betreffende Stück des Bundesgesetzes in Berlin ausgegeben worden ist. — Art. 3. Für den ganzen Umlauf des Bundesgebietes besteht ein gemeinsames Judicat mit der Wirkung, daß der Angehörige (Unterthan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetrieb, zu öffentlichen Amtstümern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerechts und zum Genuss aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen, auch in Betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtschutzes demselben gleich zu behandeln ist. In der Ausübung dieser Befugnis darf der Bundesangehörige weder durch die Obrigkeit seiner Heimat, noch durch die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beeinträchtigt werden. Diejenigen Bestimmungen, welche die Armenversorgung und die Aufnahme in den localen Gemeindeverband betreffen, werden durch den im ersten Absatz ausgesprochenen Grundsatz nicht berührt. Eben so bleiben bis auf Weiteres die Verträge in Kraft, welche zwischen den einzelnen Bundesstaaten in Beziehung auf die Uebernahme von Ansiedlungen, die Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener Staatsangehörigen bestehen. Hinsichtlich der Erfüllung der Militärpflicht im Verhältniß zu dem Heimatlande wird im Wege der Bundesgesetzgebung das Nötige geordnet werden. Dem Auslande gegenüber haben alle Bundes-Angehörige gleichmäßig Anspruch auf den Bundesstaat.

Zu Artikel 2 und 5 hat der Abg. Dr. Bachariae folgende Änderungen beantragt: 1) dem Abschnitt II. anstatt der Überschrift "Bundesgesetzgebung" die Überschrift "Bundsgewalt" zu geben; 2) den Artikel 2, unter Vorbehalt seines Inhalts für Art. 5, hier zu streichen und dafür als Art. 2 zu sehen: "Die Bundesgewalt wird durch die ihr in dieser Verfassung wiesenen Kompetenzen bestimmt und begrenzt. Die im Bunde begriffenen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit sie nicht durch diese Verfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit sie nicht der Bundesgewalt ausdrücklich übertragen sind." 3) den Art. 5 des Entwurfs, unter Hinzunahme des Inhalts von Art. 2 dahin zu fassen: "Die Bundesgewalt wird durch die verfassungsmäßigen Organe derselben ausgeübt; die Bundesgesetzgebung, insbesondere nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung, durch die übereinstimmende Beschlüsse des Bundesrathes und des Reichstages. Die verfassungsmäßigen Bundesgesetze gehen den Landesgesetzen vor und erhalten ihre verbindliche Kraft durch" u. s. w.; das Folgende wie im Art. 2 des Entwurfs bis zu den Schlussworten "ausgegeben werden ist".

Außerdem sind noch mehrere andere Amendements eingegangen, die meist schon (gestern und heute früh) mitgetheilt sind und von denen mehrere heute im Laufe der Discussion zurückgezogen wurden.

Abg. Dr. Schwarze (für den Entwurf und gegen den Antrag Bachariae). Ich verlenne nicht, daß der Bundesstaat den Einzelstaaten Opfer auferlegt, deren Schwere allerdings dadurch gemildert wird, daß man sie von allen Staaten gleichmäßig verlangt und daß aus den Vortheilen der Gesamtheit auch den Einzelnen Vortheile zufließen. Man hat wiederholt auf die Verhältnisse in Amerika und der Schweiz hingewiesen: dem Norddeutschen Bund ist die Aufgabe zugefallen, den Frieden Deutschlands und damit den Europas nach Ost und West hin, wo uns mächtige Nachbaren umgeben, zu wahren; er muß deshalb eine strammere und festeere Centralgewalt haben als Nordamerika. Andererseits muß im Bundesstaate den einzelnen Staaten freier Raum gelassen werden zur Entwicklung ihres individuellen Lebens. In der Lebensfrische der einzelnen Staaten liegt die Vorbedingung für einen lebensfähigen Organismus des Norddeutschen Bundes, die nicht dadurch gewonnen werden kann, daß man den einzelnen Gliedern die Selbstständigkeit völlig versagt. In Deutschland ist das Culturleben auf eine Stufe der Entwicklung gestiegen, wie bei keiner anderen Nation, weder in

Nordamerika, noch der Schweiz. Nach dieser Richtung hin haben auch die einzelnen Staaten Deutschlands ihre weitgesteckte geschichtliche Mission, der überall, wo deutsche Bürger in fernen Welttheilen ihren Wohnsitz nehmen, Gestaltung verschafft wird. Ich glaube nun, daß der Antrag Bachariae diesen berechtigten Ansprüchen der Einzelstaaten auf die eigenthümliche Entwicklung ihres Culturlebens widerspricht. Ich stelle mich der Bundes-Verfassung gegenüber auf den Boden der gegebenen Thatachen, die ich keineswegs für schwankend, sondern für fest begründet halte. Auch ich ziehe ein Strich durch die Vergangenheit und glaube an die Größe der Zukunft, aber ich stelle mich zugleich auf den Boden des Rechts, auf dem die berechtigte Selbstständigkeit geachtet wird, und auf den der Treue, die sich nicht blos in guten Tagen, sondern auch in den schlimmen, die kommen können, lebendig zeigt. Von diesem Standpunkte aus glaube ich nicht partikularistisch gesprochen zu haben, sondern gerade im nationalen Interesse. Es ist gewiß Niemand hier, der nicht innig durchdrungen ist von der Wohlthat einer Gemeinsamkeit des Rechts, nicht bloß vom Standpunkte des Rechts an sich, sondern auch von dem des nationalen Bandes. Aber es liegen Anträge vor, die weit über das Bedürfnis hinausgehen. Das Recht muß aus dem Volke herauswachsen, nicht ihm aufgenötigt werden, und das thun wir, wenn wir berechtigte Sonderheiten nicht schonen. Die Frage der baulichen Gutsverhältnisse und der Erbsfolge kann nicht durch ein allgemeines Gesetz gelöst werden. Es handelt sich dabei um Grundsätze, die sich vom Großvater auf den Enkel fortgeerbt haben und gewissermaßen zu einer lebendigen Quelle des Rechts geworden sind, die dem Volke eben so liebt wie seine Religion und wie der Boden, auf dem es lebt. Eine Gleichmachung in dieser Richtung könnte ich nicht gut heißen. Besonders das Strafrecht und der Strafprozeß machen mich bedenklich. Ein gemeinsames Strafgesetzbuch zu schaffen, scheint mir noch für lange Zeit unmöglich. Es mag leicht sein, die einzelnen Verbrechen zu definiren, aber schwer, dieser Definition im Volke Geltung zu verschaffen. Außerdem tritt uns die Frage über Abschaffung der Todesstrafe immer näher. Auch die Strafbedingungen bieten große Schwierigkeiten dar. Was den Strafprozeß betrifft, so ist es bald gesagt, daß Schwurgerichte eingeführt werden müssen. Da beginnt ja eben erst der Streit, ob wir nicht von der französischen Schablone abgehen und den Geschworenen ein wirkliches Urteil, nicht bloß die Beantwortung der sog. Chafragen einräumen sollen? Deshalb bitte ich Sie, die Gemeinsamkeit des Rechtsverfahrens nicht bis zu einer gänzlichen Gleichmacherei zu treiben.

Abg. Rohden (gegen den Entwurf): Der Entwurf ist mir zu einseitig, weil er bloß die Interessen berücksichtigt, welche der Abg. Wagener die Interessen des Magens genannt hat. Wir müssen aber auch die des Kopfes und des Herzens im Auge behalten. Die höchsten Interessen sind nicht gerade die materiellen. Deshalb vermissen ich ungern die Bestimmungen über das Vereinsrecht und die Presse, und es freut mich, daß zur Ausfüllung dieser Lücke bereits Anträge vorliegen, wie ich selbst mich bemüht habe, in meinen Anträgen dem Bedürfnis auf kirchlichem Gebiete Abhilfe zu gewähren. Wenn der Vorredner Bedenken gefunden hat, daß Rechtsweisen zu speziell zu regulieren, so hat er ein Gebiet berührt, auf das sich der Entwurf und auch die verschiedenen Anträge nicht einlassen, wenn man nicht etwa das Obligationenrecht dahin rechnen will. Wenn wir aber einmal die Regulirung des Rechtes in die Hand genommen haben, so können wir schon deshalb vor dem Strafrecht nicht stehenbleiben, damit nicht bei Bestrafung der einzelnen Handlungen auch fernerhin ein Unterschied fortbestehe, sobald man irgend einen kleinen Grenzfluss des Norddeutschen Bundes überschreitet. Die Frage der Schwurgerichte wird in Angriff genommen werden müssen, ist aber hier nicht zu erledigen. Hier kann nur die Frage gestellt werden, ob, wenn die Abschaffung der Todesstrafe und die Einführung der Schwurgerichte in einem Bundeslande gerechtfertigt erscheinen, dieses Rechtsverfahren im ganzen Bunde Platz greifen soll. Ich meine, daß dies der Fall ist, und muß deshalb die dahin ziellenden Anträge befürworten.

Abg. Rohden (gegen den Entwurf): Der Entwurf ist mir zu einseitig, weil er bloß die Interessen berücksichtigt, welche der Abg. Wagener die Interessen des Magens genannt hat. Wir müssen aber auch die des Kopfes und des Herzens im Auge behalten. Die höchsten Interessen sind nicht gerade die materiellen. Deshalb vermissen ich ungern die Bestimmungen über das Vereinsrecht und die Presse, und es freut mich, daß zur Ausfüllung dieser Lücke bereits Anträge vorliegen, wie ich selbst mich bemüht habe, in meinen Anträgen dem Bedürfnis auf kirchlichem Gebiete Abhilfe zu gewähren. Wenn der Vorredner Bedenken gefunden hat, daß Rechtsweisen zu speziell zu regulieren, so hat er ein Gebiet berührt, auf das sich der Entwurf und auch die verschiedenen Anträge nicht einlassen, wenn man nicht etwa das Obligationenrecht dahin rechnen will. Wenn wir aber einmal die Regulirung des Rechtes in die Hand genommen haben, so kann dies auf die Dauer nur unter der Bedingung geschehen, daß das gebührende Maß von Freiheit gesichert ist. Es ist der einzige Weg, um uns mit unseren süddeutschen Brüdern zu vereinigen. W. H.! Man hat uns sonst wohl Augustenburger genannt und mit Misstrauen betrachtet. Meine Freunde und ich sind zu unserer Anträge gekommen, um den Vorwurf zu widerlegen, daß wir in Schleswig-Holsteinischen Particularismus befangen seien, und kein Herz für Deutschland hätten. Wir wünschen Alle ein möglichst dauerhaftes Staatsgebäude und sind uns unserer großen Verantwortlichkeit bewußt. Diese Verantwortlichkeit darf aber nicht bloß darin bestehen, daß wir den Regierungen billigerweise entgegenkommen; wir dürfen nicht vergessen, daß wir Volksvertreter sind und dessen Rechte wahren, wenn möglich weiter fördern müssen. Ich wiederhole, daß ohne den Grund der Freiheit für den Norddeutschen Bund kein dauerhafter Boden gewonnen wird. Wir sind darauf aufmerksam gemacht, daß wir nicht zu viel auf einmal wünschen sollen. Man hat das Bild gebraucht, daß wir einen Eichbaum pflanzen, den erst nach langer Zeit ein großer Baum werden kann. Ich acceptiere dies Bild, aber sorgen

wir dafür, daß wir wirklich einen Eichbaum pflanzen und nicht ein schwaches Birkenkreis.

Damit wird die allgemeine Discussion über den Abschnitt 2 geschlossen und es beginnt die Special-Debatte über Art. 2 (s. oben).

Abg. Haberkorn (für Art. 2) erklärt sich im Interesse des Bundesstaates für die Fassung des Art. 2. Den Antrag des Abg. Bachariae kann er als wirklichen Verbesserungs-Antrag nicht ansehen. Im ersten Theile hat er ganz Recht, indem er Bundesgewalt, Bundesgesetzgebung und Bundesrat geschieden wissen will. Dieses Moment ist aber nicht durchschlagend, um den Entwurf drücklich zu ändern. Auch der zweite Theil ist vollständig richtig, aber selbstverständlich.

Abg. Dr. Bachariae (gegen Art. 2): Mein Streben ist dahin gerichtet, daß die uns vorgelegte Verfassung den Charakter einer Bundesstaatsverfassung erhalten und nach dem constitutionellen Prinzip möglichst amendingt werde. In der früheren Debatte hat Jemand gesagt, daß wir uns lediglich auf den praktischen Standpunkt zu stellen hätten; ich gebe es gern zu, daß der Mann, dessen Werk der Verfassungsentwurf wesentlich ist, der größte Praktiker des 19. Jahrhunderts ist. Die Praxis allein tut es aber nicht; wenn wir einen Bundesstaat gründen wollen, so darf es auch an dem Prinzip und dem Begriff derselben nicht fehlen. Der Entwurf soll nicht die Verfassung eines Einheitsstaates sein und auch nicht die verbündeten Staaten auf die schiefe Ebene setzen, auf welcher sie allmälig in den Einheitsstaat hineinrutschen. Die Einzelstaaten sollen deshalb an Gewalt beibehalten, was auf die gemeinsame Gewalt nicht übertragen zu werden braucht. Dieser Grundsatz ist in allen historisch geworbenen Verfassungen ausgesprochen, wie in der nordamerikanischen und der schweizerischen. Es ist nun von einer Seite gesagt worden; eine solche Bestimmung sei überflüssig, weil man auf dem Boden des Vertrages stehe. M. H., wo die Verfassung anfängt, da hört der Vertrag auf! Von derselben Seite sagt man: die Bestimmung wäre selbstverständlich, und deshalb überflüssig. Wie viel steht nicht in unseren Verfassungen, was selbstverständlich ist und doch nothwendigerweise ausgedrückt werden muß? Auch der alte Moser hat gesagt: „Es schadet nicht, wenn etwas ausgedrückt wird, was selbstverständlich ist.“ Es muß eine wirkliche Bundesgewalt durch die Verfassung geschaffen werden; und es heißt die Dinge mit einem Schleier umhüllen, wenn man meint, die Bundesgewalt lasse sich umgehen. Der zweite Theil meines Antrages rechtfertigt sich damit, daß es unmöglich wäre, erst von der Wirkung der Bundesgesetzgebung zu sprechen und später von der Art und Weise, wie sie constituiert werden soll.

Abg. Wagener (Neustettin): Der Dr. Borredner hat gesagt, daß der Verfasser des vorliegenden Entwurfs der größte Praktiker des 19. Jahrhunderts sei. Da hier nun eine praktische Sach vorliegt, habe ich die vorgesetzte Meinung, mehr dem Praktiker wie dem Theoretiker, mag er auch noch so ausgezeichnet sein, folgen zu müssen. Ich war schon auf viele Amendements gesetzt; was aber hente über uns ausgeschüttet worden ist, überschreitet das Maß desjenigen, was ich der Redelust der Deutschen zutraute. Wir haben hier nicht einen gemüthlichen Spaziergang zu machen in die Irrgänge des constitutionellen Systems, sondern wir haben einen vertragsmäßigen Entwurf vor uns liegen, wobei man nicht weiß, ob auch nur eins der eingebrochenen Amendements die Sicherheit hat, von den contrahirenden Mächten angenommen zu werden. (Unruhe links.) Was das Amendement Bachariae betrifft, so bin ich der Meinung, daß der Antragsteller damit gerade das Gegentheil von dem erreicht, was er will. Außerdem der einzelnen contrahirenden Staaten ist eine gesonderte Bundesgewalt noch nicht etabliert, nicht anerkannt und wird auch nicht anerkannt werden können. Wenn nun der Borredner eine besondere Bundesgewalt eingelegt haben will, so thut er damit kein Werk, welches der Selbstständigkeit und Autonomie der Einzelstaaten zu Gute kommt, sondern gerade das Gegentheil. Solche prinzipielle Verfassungssprüche haben überhaupt keinen Werth; in Amerika ist trotzdem der Bürgerkrieg nicht vermieden worden. Viele der Amendements gehen darauf hinaus, die Gesetzgebung der Einzelstaaten zu antizipiren durch die Bundesgesetzgebung; dies wird aber sehr viel dazu beitragen, den Einzelstaaten eine solche Verfassung unannehmbar zu machen; denn wir haben jetzt noch keine Bezugsnachricht zum Eingriff in die Gesetzgebung der Einzelstaaten. Ich bitte, den Art. 2 der Vorlage anzunehmen, das Amendement des Staatsrath Bachariae zu verwerfen.

Präsident Simson: Ich bitte die Herren Abgeordneten, von der Titelbezeichnung ihrer Collegen Abstand zu nehmen.

Abg. Dr. Ellissen: Der Antrag Bachariae hat entweder keine Bedeutung oder er hat eine Bedeutung. (Große Heiterkeit.) Formell scheint er keine Bedeutung zu haben; aber er hat eine Bedeutung, wenn es auch nicht direct ausgesprochen ist; deshalb bin ich entschieden dagegen. — Von einer Seite ist gesagt worden, das, was das Amendement bezeichnet, verstehe sich von selbst. Ich bedauere sehr, daß sich das von selbst verstehen soll. Ich sehe gar keine Veranlassung dazu, von Seiten des Reichstages die Fortdauer der Kleinstaaten zu betonen. Ich wünsche vielmehr die Kompetenz des Bundes um ein Berächtliches erweitert, und würde Anträgen, die dies bezwecken, bestimmen, falls der Bund, wie er constituiert wird, den Bedürfnissen und gerechten Ansprüchen der Nation entspricht. Da man dies noch nicht weiß, ist es allerdings bedenklich, die Kompetenz des Bundes zu erweitern. Die Gewalt der Ereignisse wird, so hoffe ich, auch ferner stärker sein als alle Verträge. Es ist allerdings ehrenwerth, wenn die preußische Regierung sich gebunden erklärt durch die Verträge, habe aber die Hoffnung, daß die Gewalt der Ereignisse stärker sein wird, als das Band, welches die preuß. Regierung gegenwärtig noch bindet. — Es ist uns der Rath ertheilt worden, Deutschland in den Sattel zu heben, reiten würde es schon können; ich habe bei diesem Bilde bei dem Reiter unwillkürlich nicht an Deutschland gedacht, weil ich nicht wußte, wer da das Pferd sein sollte, sondern an Jemand anders, und ich habe die Hoffnung, daß dieser erfahrene Reiter, wenn der Augenblick kommt, mit derselben Kühnheit, Leichtigkeit und Grazie, womit er über den Art. 11 der Bundesakte, der ich übrigens keine Thräne nachweine, und den Art. 5 der Wiener Schlusssätze hinweggaloppt ist, sich auch über solche Hindernisse hinwegsetzen wird, die von den Regierungen dem Bedürfnisse und wohlverstandenen Interesse der Nation entgegengestellt werden. — Dem, was der Borredner gegen das Amendement Bachariae gesagt hat, kann ich bestimmen; hinsichtlich der vielen Amendements bin ich jedoch anderer Meinung, und bin der Ansicht, daß, wenn nicht die wichtigsten in den Entwurf aufgenommen werden, wir uns wohl kaum für den ganzen Entwurf entscheiden können.

Abg. Miguel (für Art. 2) weiß darauf hin, daß die Partikularisten in Betreff dieses Artikels 2 unter sich selbst

uneinig sind, obschon sie denselben Zweck verfolgen. Auch ich bin, — sagt Redner — der Meinung, daß der natürlichen Entwicklung einer Nation durch formale Verfassungssparaphen keinerlei Schranken gesetzt werden dürfen. Was das Beispiel von Nordamerika betrifft, so möchte ich dies noch in anderer Weise benennen. Ich behaupte nämlich: der Krieg in Nordamerika ist wesentlich Folge der amerikanischen partikularistischen Sucht bei Gründung des Bundes, die Souveränität der einzelnen Staaten durch Verfassungssparaphen möglichst zu sichern, gewesen. (Ruf: Sehr wahr!) Hätte die amerikanische Verfassung die völlige Freiheit, sich aus sich selbst zu entwickeln, gehabt, so hätte allmälig dem veränderlichen und wechselnden Bedürfnisse des amerikanischen Volkes auf friedlichem, vertragsmäßigen Wege Ausdruck gegeben werden können. Ganz dasselbe haben wir im vorigen Jahre erlebt. Die Bundesverfassung reichte nicht mehr aus für die Bedürfnisse der Nation, sie verschob die natürliche Stellung der einzelnen Bundesglieder. In dem Augenblick, wo ein Staatsmann erschien, der an die Stelle der Form die Wirklichkeit setzte, war die Bundesverfassung gesprengt (sehr gut); sie mußte aber gesprengt werden durch Gewalt, weil die vertragsmäßigen Formen ein anderes nicht zuließen. Österreich und die Staaten, die mit ihm gingen, brachen nach meiner Überzeugung durch die Abstimmung vom 10. Juni eben so gut die Verfassung, wenn Preußen seinerseits die Bundesverfassung brach durch die Erklärung, der Bund sei aufgelöst. Solche Zustände wollen wir nicht mehr; wir wollen nicht mehr einen formulirten Kampf des Partikularismus gegen die Einheitsidee; wir stellen uns einfach auf folgenden Boden: Entweder ist es richtig, was wir behaupten, daß die Entwicklung allerdings in Deutschland seit langer Zeit auf dem Wege zur Einheit sei — dann soll man dieser Entwicklung aber auch freien Lauf lassen und soll sich nicht einbilden, einer solchen natürlichen und nothwendigen Entwicklung sich durch Verfassungssparaphen entgegenzusetzen zu können; oder aber die Herren haben Recht, die sagen, die Souveränität ist stärker und nothwendiger zu schützen, als das Allgemeine — dann sind die Paragraphen völlig unnötig. Entweder — oder; in dem einen Falle sind die Bestimmungen schädlich, im andern Falle unnth. (Sehr gut!) Die Deutschen sind meines Erachtens von der Gefahr am allerweitesten entfernt, daß sie unnötig centralistisch und generalistisch; die Gefahr für uns, zu sehr zu spezialistisch und uns zu sehr in Besonderheiten zu verlieren, ist nach meiner Überzeugung vielleicht noch auf unerfahrbare Zeit die bei weitem stärkere. Wir brauchen keine Schranken, wir brauchen keine Feststellungen der partikularistischen Richtung, nein, wir brauchen eine Stärkung der Einheitsrichtung. (Sehr gut.) Redner geht nunmehr auf eine Kritik des Antrags Bachariae ein, den er abzulehnen bittet. Ich bin — sagt Redner — nicht der Ansicht, daß alle unnötigen und überflüssigen Dinge unschädlich sind; ich kann diesen Grundsatz der theoretischen Jurisprudenz nicht teilen: ich bin vielmehr der Ansicht, wenn der Reichstag hier einen Artikel des Verfassungsentwurfs durch ein Amendement reformirt, so wird die spätere Generation in dieser Reformation etwas mehr suchen, als ein Überflüssiges; sie wird darin eine besondere Bedeutung finden, und bei dem Stärkerwerden einer partikularistischen Strömung eine offenbar beachtigte partikularistische Bedeutung. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Amendements des Abg. Bachariae mit allen gegen etwa 10 Stimmen (u. A. Bachariae, Schleiden, v. Hammerstein, v. Münchhausen, Frank) verworfen, und Art. 2 des Entwurfs unverändert mit allen gegen 20 Stimmen (die Polen und die Partikularisten, welche das Amendement Bachariae gefällt) angenommen.

Es folgt die Discussion über Art. 3. Bundescommissar Dr. Hoffmann (Großherz. Hessen): Der Art. 3. ist ein Product der Beratungen der Conferenz. Gerade dieser Artikel war einer derjenigen, welcher am meisten Schwierigkeiten machte. Wenn man auch mit dem Prinzip des Entwurfs einverstanden war, konnte man sich doch nicht über die Schwierigkeiten täuschen, welche durch die strenge Durchführung desselben, durch das tiefe Eingreifen desselben in die Gesetzgebung und die Verwaltungsgesetze der einzelnen Staaten herbeigeführt würden. Nämlich gilt dies auch mit Bezug auf die Communal-Gesetzungen. Man kam deshalb zu der Überzeugung, daß gewisse praktische Biegungen dieses Prinzips einzutreten müßten, und so ist die jetzige Fassung entstanden, bei der jedoch immer noch als oberster Grundsatz festgehalten ist, daß es in den Norddeutschen Staaten keinen Norddeutschen Ausländer geben dürfe. Redner wendet sich gegen alle Amendements und bittet den Art. 3 unverändert anzunehmen.

Die Abg. Simon und Schulze haben das Amendement gestellt, den Art. 3 einer Commission von 21 Mitgliedern zur Aufstellung der wesentlichsten Grundrechte zu überweisen. Dieses Amendement wird zunächst von dem Abg. Schulze verteidigt. Die Lasten — sagt er — würden jetzt in Norddeutschland größer, also müsse man auch die Rechte vermehren. Solche Grundrechte müßten in die Verfassung von vornherein aufgenommen werden; ein wertvolles Dokument dafür sei in der Reichsverfassung von 1848. Er gebe zu, dasselben bedürfen einer ernstlichen Revision und das könne in der Commission geschehen. Der Inhalt alles Staatslebens — schreibt Schulze — ist die Vermittelung menschlicher Entwicklung. Diesen Punkt unserer Verfassung auszudrücken, dazu sind die Grundrechte da, und nur, wenn Sie diese Grundrechte aufgenommen haben, werden Sie das erreichen für dieselbe, was Sie selber ihr wünschen müssen, nämlich die lebendige Sympathie des ganzen Volkes für die Verfassung.

Abg. Grumbrecht (aus Hannover) ist gegen den Antrag, obgleich er materiell auf denselben Boden stehe, wie der Borredner. Ich sage mir aber, — fährt er fort — daß diese Grundrechte jetzt in den meisten Einzelverfassungen schon einen genügenden Ausdruck gefunden haben, und wenn ich auch nicht besonders hervorheben will, daß dieselben an und für sich gar keine Bedeutung haben, wenn sie nicht in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen sind, so kann ich mich doch nicht für die Vorberathung in der Commission erklären. Dies geschieht einmal, weil die Commissionsverhandlungen so außerordentlich viel Zeit kosten und wir andererseits keine Ursache haben, uns mit Feststellung dieser Grundrechte, die uns ja für sich allein gar keine Rechte geben, zu befassen. Das Verfassungswerk in Frankfurt ist wesentlich mit an der Aufstellung dieser Grundrechte gescheitert.

Der Antrag auf Überweisung des Art. 3 an eine Commission wird mit großer Majorität verworfen.

Es wird darauf in der Discussion über Art. 3 fortgeführt. Abg. Dr. Jäger erklärt, daß er und seine Collegen aus den thüringischen Kleinstaaten die Constitution Norddeutschlands so schnell wie möglich wünschten. Ich von meinem demokratischen Standpunkte aus — fährt er fort — halte

die Grundrechte schon wegen der guten Erinnerungen, die sich an dieselben knüpfen, hoch, aber ich gestehe, daß ich das Schema von Grundrechten, wie es sich in den meisten Verfassungen findet, nicht so hoch schätze, daß ich, weil dieselben in dem Entwurfe sich nicht befinden, denselben darum verwerfen möchte. Ich glaube nach dem im Art. 3 festgestellten Grundrechte werden die übrigen uns von selber zufallen. Zwar bedarf dieser Artikel noch vieler Verbesserungen, ich beschreibe mich aber bei den Schwierigkeiten, die denselben entgegenstehen. Ueberhaupt bleibt die Feststellung der Grundrechte viel besser der Gesetzgebung des Reichstages überlassen; heute bringt diese Feststellung viel größere Schwierigkeiten mit sich. Die dadurch herbeigeführte Verzögerung bringt ich nicht hoch in Ansicht; denn die Wirkung dieser Theorien ist ganz ringfügig, so lange nicht Gesetze geschaffen werden, die die Grundrechte auch durchführen.

Abg. Scherer (gegen Art. 3) glaubt, daß durch die Indigenat dem bei weitem größten Theile der Bewohner des Norddeutschen Bundes nur sehr wenig geholfen werden wird. Da aber die Beschränkungen doch nicht auf die Dauer werden bestehen können, werde ich mich dem Amendment anschließen, weldes auch die Bestimmungen über das Indigenat einfach der Bundesgesetzgebung überlassen will. Dazu kommt das Einanderverfassen der Art. 3 und Art. 4, was mir eine Überweisung als besonders wichtigen Werth erscheinen läßt. Redner empfiehlt alsdann sein Amendement (den Art. 12 der preuß. Verfassung, betr. die Religionsfreiheit, dem Verfassungsentwurf einzubringen). Die bisherigen katholischen Redner — sagt er — scheinen mir in ihren Aussagen am besten gekennzeichnet zu werden, wann ich von ihnen sage, sie waren „ühl bis ins Herz hinein.“ Halte ich damit zusammen, was über die Bekehrung katholischer Geistlichen hier gesagt worden ist, erinnere ich mich an das Bestehen einer besonderen katholischen Fraktion im preuß. Abgeordnetenhaus und an ihre Bestimmungen derselben, so scheint mir das Alles einen Gegensatz zwischen Katholiken und Evangelischen auch in politischen Dingen andeuten zu wollen. Ich kenne aber einen solchen grundsätzlichen Gegensatz nicht; derselbe existiert gar nicht. Das bedeutet unter Anderm meine eigene Wahl, denn ich bin in Aachen gewählt, einer durchaus katholischen Stadt, die sich zugleich die alte Kaiserstadt zu nennen liebt; in ihr schlafen die Gebeine Karls des Großen, auf ihrem Rathause saß Kaiser Rudolphs heilige Macht. Und hier bin ich gewählt als Anhänger der Regierung und der Politik von Nicolaiburg. Wenn ich also sage, der von jenen Herren fingierte Gegensatz besteht nicht, so spreche ich im Namen von Millionen von Katholiken. Das von mir gestellte Amendement steht demnach auch auf vollkommen parteilosem Boden. Alle Grundrechte sind Menschenwerke, sie müssen sich den Verhältnissen anpassen; sie sind Monologe, so lange sie nicht durch Ausführungsgezege in die Wirklichkeit getreten sind. Das ist aber bei dem Rechte der religiösen Freiheit, bei dem Rechte, nicht ausgeschlossen zu sein von den Freiheiten, die jeder Staat seinen Angehörigen giebt, nicht der Fall.

Bundes-Comm. v. Savigny erklärt, daß nach Ansicht der verbündeten Regierungen der Bundesgesetzgebung die fernere Entwicklung auf diesem Gebiet nicht entzogen ist, sondern vorbehalten bleibt. Dagegen soll das religiöse-städtische Gebiet der Autonomie der Einzelstaaten nicht entzogen werden. Wir haben im Allgemeinen nur auf den Gebieten die Gesamtkräfte der Nation zusammenfaßt, wo sie zu ihrer Entwicklung nach innen und außen in einer Hand am wichtigsten sein können. Die Errungenhaften, deren wir uns in Preußen erfreuen in Beziehung auf religiöse Toleranz und auf die Gleichstellung der Bekenntnisse in Beziehung auf die Ansässigung von Nechten in allen bürgerlichen Gebieten, diese Errungenhaften sind nicht in Frage gestellt und die wollen wir auch nicht in Frage gestellt wissen. Wir wollen sie bewahren und wir haben ein solches Vertrauen auf die werbende Kraft, die in diesen Prinzipien liegt, daß wir nicht daran zweifeln, sie baldmöglichst überall adoptirt zu sehen. (Bravo! Sehr gut!) Uebrigens finden sich für uns dieselben Gelegenheiten in Zukunft, diese Fragen nicht bloss anzutragen, wenn jemand dieser Aufforderung nicht nachkommt sollte. Das bleibt eben der Legislatur vorbehalten, und große der Entfaltung auf diesem Gebiete. — Der Art. 3 in Bezug auf das Indigenat enthält eine Reihe von großen Fortschritten auf diesem Gebiete der Zusammengehörigkeit in Norddeutschland; er hat die Schlagbäume für die Menschen hinweggeräumt, sowie früher die Hollschranken hinweggeräumt wurden; er hat gewissermaßen theilhaftig gemacht sämtliche Einwohner des norddeutschen Gebietes der großen und ausschließlichen Privilegien, in denen sich bisher nur die standesherrlichen Familien zur Zeit der alten Bundesverfassung befanden; Jedermann ist an jedem Orte heimathsberechtigt und im vollsten Sinne des Wortes steht es seiner Wahl frei, wo er leben und wirken will. Ich denke, daß unser Verfassungsentwurf, der gewiß manche Mängel enthalten wird, doch vor verschiedenen anderen Verfassungsentwürfen, die in Deutschland vorgelegen haben, den Vorzug hat, daß er nicht mehr bietet, wie er auch gewähren kann. Das Uebrige überlassen Sie der Zukunft; und an gutem Willen von beiden Seiten wird es nicht fehlen, bald an die Vollendung auch auf diesem Gebiete zu gehen. (Bravo rechts.)

Abg. v. Wächter (für Art. 3): Ein Indigenatsgesetz ist sehr schwierig und delikat. Nehmen wir die vorläufigen Zusammensetzung an und überlassen wir der Zukunft das Uebrige. Dasselbe gilt von den Grundrechten. Die preußische Verfassung und manche andere enthält sie bereits, sie für den Bund zu formuliren wäre schön, aber schwierig. Unsere Lage ist eine ganz andre wie die des Parlamentes im J. 1848. Damals gab es keine Pressefreiheit, keine religiöse Freiheit, man mußte sie begründen und fehlte nur darin, daß man zu viel und zu lange davon sprach. Weil die Verfassungen einiger kleinerer Staaten nicht, wie die preußische, sächsische, weimarerische, Grundrechte enthalten, wäre das Opfer einer ab ovo beginnenden Diskussion der Grundrechte zu groß und brächte die Gefahr, daß auch der Kampf gegen sie geführt werden könnte. Das die Religion betreffende Grundrecht verdiente an sich einen Vorzug, weil seine Anerkennung keine legislatorische Thätigkeit impliziert. Aber führt man an einem, so hat man die Diskussion über alle, und unsere Zeit ist bis auf die Minute dafür zu kostbar (Lebh. Beifall.)

Abg. Graf Bassiwick (für Art. 3): Was in Betreff des Indigenats über Art. 3 hinausgeht, ist abzuweisen. Ich gestehe gern, daß meine Sinne geschrägt sind gegen Alles, was das historisch Gottes Fügung, daß wir unsere Fürsten haben, denen wir mit Blut und Leben angehören. Es hat mich geschmerzt, daß man Ihnen die Stellung der Lords Palmerston und Derby als Muster vorgehalten hat, denn sie streben nach keiner europäischen Rolle, sondern wollen für das ihnen an-

vertraute Land sorgen, wie wir ihnen unsere Treue vererben. Unheimlicher noch ward mir, als man hier von Verträgen sprach, die besser nie geschlossen wären und, wenn geschlossen, wieder aufgehoben werden müßten. Wo bleibt da noch der Unterschied von Recht und Unrecht? Aber die erfreuliche Sprache des Grafen Bismarck macht es mir allein möglich, daß ich überhaupt noch für den Verfassungsentwurf stimme. Die freie Konkurrenz, hereinbrechend über ein kleines Land, das sie bisher nicht kannte, würde es mit dem Überfluss der großen Staaten, und nicht dem Besten, überschätten. Die mecklenburgische Regierung kann nicht mit derselben Hand ihren Ständen eine sie abhorrende Verfassung vorlegen und zugleich Opfer für den Bund verlangen.

Abg. Braun (Wiesbaden): Die Zugfreiheit, welche den rechten Mann an die rechte Stelle führt, wo er wirken kann, ist das Werk Preußens, und die kleineren Gewalten werden sie von ihm lernen müssen, wenn sie die wirtschaftliche Kraft zu ihrer militärischen Leistung erlangen wollen. Was will Mecklenburg? Zu Grunde wird es gehen oder den größten Theil seiner Bevölkerung an Preußen verlieren, was nur eine andere Art zu Grunde zu gehen ist. Meinem Geschmack genügt der Art. 3 nicht, ich vermitte in ihm die unbeschränkte Zugfreiheit. Es gibt kein deutsches Ausland mehr, ist gesagt worden, aber jener Artikel schafft auch kein deutsches Inland, in dem die Menschen circulieren wie die Waaren. Nach dem preuß.-franz. Handelsvertrag hat ein Franzose bei uns mehr Rechte als wir selber (Bewegung und Beifall), das kann einem Manne von Ehrgefühl wohl die Schamröthe ins Gesicht treiben. Ich wollte daher mit den Abg. Frhrn. von Rothchild, Michaelis u. A. die Einschaltung eines besondern Art. beantragen, der jedem das Recht der Niederlassung, wenn auch keine corporativen Rechte verleiht. Nach Art. 3 kann jeder nichtpreußische Staat mich von der Niederlassung ausschließen, wenn er seine eigenen Unterthanen ausschließt oder seinen Gemeinden erlaubt, mich auszuschließen. Die Armeypflege, die Militärfreiheit sollte unser Antrag nicht berühren, sie bleiben intact wie die Frage des Communalverbandes. Die reichen süddeutschen Gemeinden können nicht die Sorge für jeden Brüder übernehmen. Daß der großherzoglich hessische Commissar sich auf den Gothaer Vertrag als einen Schutz für die Zugfreiheit berief, kann ich nicht verstehen. Dieser Vertrag bestimmt die Zugfreiheit der Schäßlinge, die Kosten für den Schuh, welcher Staat dem Schäßling Schuh und Hemde gewährt. Die volle Zugfreiheit ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch wichtig. Neben im Auslande finden wir Landsleute, die durch die Engherzigkeit unserer Gesetzgebung vertrieben sind, und die, so wohl sie sich fühlten, doch die Sehnsucht nach der Heimat nicht verläßt. Aber sie ist unmöglich, weil die Kinder nicht als legitim anerkannt wurden, oder weil sie nicht zünftig sind und in ihrer Jugend nicht ihr Meisterstück und andere alberne und nützige Dinge gemacht haben. Diese Deutschen im Auslande waren im Jahre 1866 deutscher als die Deutschen im Inlande. Gleichwohl halte ich meinen Antrag nicht aufrecht, sondern überlasse ihn der Bundesgesetzgebung, weil seine Ablehnung Seitens dieser Versammlung, die nur den Verfassungs-Entwurf berathen soll, den Irrthum erzeugen könnte, als wäre ihre Majorität gegen ihn, und doch ist sie — ich fühle es — für ihn. So nehme ich denn Art. 3 an, werde aber mit meinem Antrage wieder und wieder kommen, und immer mehr verlangen, bis sein Zweck erreicht ist. — Gegen die Amendements, welche die Grundrechte in die Verfassung einführen wollen, bin ich entschieden. Auch die Bundesakte von 1815 enthielt Grundrechte, aber keines ist je realisiert, weil es an einer Legislative und Executive dazwischen fehlt. Schaffen wir erst diese und dann wollen wir an die Grundrechte gehen, die besser Grundgesetze sein und heißen sollen. Denn nur als solche binden sie Regierungen und Gerichte. Praktisch werden die kleinen Staaten die Grundrechte der preuß. Verfassung adoptiren müssen, wenn auch nicht durch territoriale Gesetzgebung. Vor allem bin ich gegen die profuse Grundrechtsdebatte. In Frankfurt war sie ein Schrecken ohne Ende und nahm ein Ende mit Schrecken. Während die ersten Männer über sie berieten, wurde ein österreichischer Erzherzog durch fünen Griff an die Spitze des Reichs bestellt, und während jene in den engen Räumen der Commissionszimmer am Tage an ihrem Gewebe webten, löste Nacht eine hohe Penelope dies Gewebe wieder auf. Derweilen lungeneten die Botschafter des Reichs in den Vorzimmern Cavaignac's und Palmerston's und konnten keine Audienz erhalten. Dies Beispiel schreckt mich ab, vestigia terront.

Sind wir unterm sichern Dach
Glücklich erst geboren,
Läßt für wohlschles Gemach
Sich schon weiter sorgen!

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Wie schon in der Morgennummer mitgetheilt ist, publiziert der „Staatsanzeiger“ den Wortlaut der vom 22. August 1866 datirten Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Preußen und Bayern und zwischen Preußen und Baden. Die Verträge sind vollständig gleichlautend; der Austausch der Ratifikationen hat stattgefunden.

Der Vertrag mit Bayern lautet wörtlich: Art. 1. Zwischen Sr. Maj. dem Könige v. Preußen und Sr. Maj. dem Könige v. Bayern wird hiermit ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen. Es garantiren Sich die hohen Contrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer bezüglichen Länder, und verpflichten Sich, im Falle eines Krieges Ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen. Art. 2. Sr. M. der König v. Bayern überträgt für diesen Fall den Oberbefehl über Seine Truppen Sr. M. dem Könige v. Preußen. Art. 3. Die hohen Contrahenten verpflichten Sich, diesen Vertrag vorerst geheim zu halten. Art. 4. Die Ratifikation des vorstehenden Vertrages erfolgt gleichzeitig mit der Ratifikation des unter dem heutigen Tage geschlossenen Friedensvertrages, also bis spätestens zum 3. I. M. Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelten Exemplaren unterzeichnet und ihre Siegel beigedruckt.

Berlin, 20. März. Die „Berl. Vörs.-Btg.“ bringt wie-
berholte die von unserm Δ-Correspondenten vor Kurzem mit-
getheilte Nachricht, daß der Polizeipräsident Hr. v. Ber-
nuth zum Reg.-Präsidenten (wahrscheinlich in Köln) desig-
niert sei.

Dem Vernehmen nach werden hier für Rechnung der russischen Regierung viele Proviantwagen und andere zu militärischen Zwecken bestimmte Fahrzeuge gebaut. (Post.)

Nach einer Petersburger Correspondenz der „Span. Btg.“ ist ein Versuch des Cardinals Antonelli, sich mit Russland wieder auszusöhnen, gescheitert. Die katholische Kirche in Russland wird eine Synodal-Verfassung erhalten.

Kiel, 15. März. Der in Stuttgart erscheinende „Beobachter“ ist für die Herzogthümer verboten worden. — Professor Planck hat einen Ruf an die Universität München angenommen und wird in kürzester Frist dahin abgeben.

Danzig, den 20. März.

* In Bezug auf eine im Nr. 4137 (Montagsblatt) dieser Btg. mitgetheilte Notiz erhalten wir nachfolgende Berichtigung: „In der Töpfergasse Nr. 38 bewohnen 2 Unterküller und 12 Grenadiere ein Zimmer. Sonntag Morgens war ein Grenadier tot, einer sehr unwohl — beide schliefen am Fenster, fern vom Ofen — die übrigen 12 waren ganz gesund. Das Zimmer roch nach Kohlendampf; die Ofenklappe war offen und ist durchlöchert.“

* Unsere geschätzte Gastin aus Dresden, die Sängerin Fräulein Natalie Hänsel, wird am nächsten Sonnabend, den 23. d. i. ihr Gastspiel hier fortsetzen, das durch das Neueinstudiren des „Glöckchen des Eremiten“ von Maillart, eine Verzögerung hat erleiden müssen.

* Auf dem 3. Damm Nr. 14 entstand heute Morgen bald nach 9 Uhr ein Schornsteinbrand, der jedoch bei der guten Bauart des betreffenden russischen Rohres zu keiner Besorgniß Veranlassung gab und von der Feuerwehr bald beseitigt wurde.

Graudenz, 18. März. (G.) Wie verlautet, sind die Manduizischen Güter bei Deutsch Eylau für den Kronideicommissfonds angekauft, wenigstens waren vor einiger Zeit die Verhandlungen darüber dem Abschluß nahe. Es heißt, daß Prinz Friedrich Carl in den Genuss des Ertrages der Güter treten soll.

Strasburg. (G.) Durch Erkenntniß der Provinzial-Steuern-Direktion zu Danzig ist der Nittergutsbesitzer v. Czapski aus Bobrowo subtiliarisch für seinen Brennereiverwalter wegen Maischsteuer-Contravention und Defraudation zu einer Conventionalstrafe von Einhundert Thalern und zu einer Defraudationsstrafe von 21,404 Thalern, so wie hintergezogener Maischsteuer mit 5351 Thalern verurtheilt worden. Ebenso werden die betreffenden Maisch-Bottige confiscat.

Königsberg. Die „Neuen Preuß. Prov.-Blätter“ (bis-her von dem jetzt noch Frankfurt a. M. übergesiedelten Dr. v. Hassenkamp redigirt) und die „Altpr. Monatschrift“ (herausgeg. von Dr. Reiske und E. Wichert) werden von jetzt ab vereinigt, unter einem gemeinschaftlichen Titel und unter Redaktion der h. Reiske und Wichert, erscheinen.

Börseadepsche der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. März. Aufgegeben 2 Uhr — Min

Angekommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

		Lager Eis.	
Roggen gewichen,		Ölpe. 81% Pfandbr. 78%	78
Ideo	55½	Westpr. 81% do. 77	77
März	54½	do. 4% do. —	85½
Frühjahr	53½	Zembergen 109	109½
Frühjahr	11½	Doft. National-Akt. 54½	54½
Frühjahr	16½	Auf. Banknoten 80½	80½
Frühjahr	103½	Danzig. Priv.-B.-Akt. 110½	112
Frühjahr	100½	6% Amerikaner 77	78
Staatschuldsh. . . .	83½	Wechselours London —	6.23½

Fondsbörse matter.

Hamburg, 19. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest zu teilweise höheren Preisen; 130% ab Rostock 146 bez., nur 147 gefordert, Termine Aufgangs höher, ne. März 5400 Pfd. netto 154% Baucoshaler Br., 154 Br., ne. Frühj. 150 Br., 149 Br. Roggen loco ruhig, für 80% ab Königsberg 83—84 gefordert, ne. März 5000 Pfund Brutto 92 Br., 91 Br., ne. Frühj. 90 Br. und Br. Hafer fest. Del höher, ne. Mai 25%, ne. Oct. 26%. Spiritus 23%, Abgeber zurückhaltend. Kaffee sehr still. Zink 1000 Cts. loco à 14 M. 3% f. — Weiter milder.

Amsterdam, 19. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen etwas matter, ne. Oct. 189.

London, 19. März. Consols 91%. 1% Spanier 31%. Sardinier —. Italien. 5% Rente 53%. Lombarden 16%. Teplianer 17%. 5% Russen 87%. Neue Russen 88%. Silber 60%. Türk. Anleihe 1865 30%. 6% Per.-St. ne. 1882 74%. Hamburg 3 Monat 13 M. 9 Br., Wien 13 J. 10 Br. — Nasskaltes Wetter.

Liverpool, 19. März. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 10,000 Balles Umsatz. Feste Haltung. Middleton Americanische 13%, middling Orleans 14%, fair Döllerah 11%, good middling fair Döllerah 11%, middling Döllerah 10%. Bengal 8% (schwimmend 7%), good fair Bengal 9%, Domra schwimmend 10%.

Paris, 19. März. Schluscourse. 3% Rente 69, 02. Italienische 5% Rente 53, 90. 1% Spanier —. 1% Spanier —. Österreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 406, 25. Credit-Mobilier-Aktien 470, 00. Lombardische Eisenbahna-Aktien 413, 75. Österreichische Aktie de 1866 326, 25. pr. ept. 6% Ver.-St. ne. 1882 (ungestempt) 84%. — Die Börse war unbelebt. Die 3% Rente, die zu 69, 20 begannen, schloß in träger Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91% gemeldet.

Paris, 19. März. Rübbel ne. März 93, 50, ne. Mai Aug. 96, 00, ne. Sept.-Dec. 96, 50. Mehl ne. März 73, 00, ne. Mai-Juni 75, 50. Spiritus ne. März 59, 50.

Antwerpen, 19. März. Petroleum, raff. Type, weiß, stille, 48 Frs. ne. 100 Br.

Petersburg, 19. März. Wechselcours auf London 3 Mon. 32 d., auf Hamburg 3 Mon. 28% Sch., auf Amsterdam 3 Monate 158, auf Paris 3 Mon. 335 Cts. 1864er Prämien-Anleihe 109% Br. 1866er Prämien-Anleihe 104% Br. Imperials 6 Br. 15 Kop. Gelber Lichtalg ne. Aug. (mit Handgeld) 47%, beschranktes Geschäft.

Danzig, den 20. März. Bahnpreise. Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, kurz und hellbunt 120/23 — 125/27 — 128/129 d. von 78/85/90 — 92/95 — 96/97½ Br.; stend., gut bunt und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 d. von 98/100 — 102/104 — 105/107 Br. ne. 85 Br.

Roggen 120—122—124—126 d. von 58/58½—59½—61, 62 Br. ne. 81% Br.

Erbien 57/60—62/64 Br. ne. 90 Br. Gerste, kleine 98/100—103/4—105/6—108% von 46/47—48/50—51/52—53½ Br., große 105/108—110/112—115 Br. von 51/52—53/54—55 Br.

Hafer 29/30/31 Br. ne. 8000% Dr.

Spiritus 16% ne. 8000% Dr.

Getreide. Börse. Wetter: trübe rauhe Luft. Wind: O.

Nur 15 Last Weizen sind heute zu gebrückten Preisen gehandelt, theils wegen geringfügiger Befuhr, theils wegen fehlender Kauflust. Bunt 118½ J. 530, hellbunt 129/30% J. 636, hochbunt 129/30, 130% J. 640, J. 645 ne. 5100 Br. — Roggen unverändert. 120% J. 348, J. 351, 124% J. 366, 125% J. 369, 126% J. 372, J. 373%. Umsatz 25 Last. — 103% kleine Gerste J. 294 ne. 4320% — Spiritus 16% Br.

Elbing, 19. März. (N. E. A.) Weizen hellglasig, ma-

ger besiegelt 121/122% 83 Br., hellbunt wenig frank 124% 92 Br., bunt wenig frank, besiegelt 124/126% 89—91 Br., bunt frank 123% 84 Br. — Roggen gefund 114—118% 50—54 Br., gefund 123—125% 58½—60 Br., mit Geruch 125% 59½ Br. — Gerste ohne Umsatz. — Hafer 66—75% 30% — 31 Br. ne. 50 Bollpid. — Erbsen weiße Koch. 58—62 Br. — Schaf., weiße Futter. 50—56 Br. — Widen 48—56 Br. — Kleesaat, weiß 16—25 Br. ne. Br. grüne 22—35 Br. ne. Br. — Thymotheum Br. 10—11 ne. Br. — Spiritus ohne Befuhr, würde mindestens 16 Br. 15 Br. bedingen.

Wittstock, 19. März. (O. H. B.) Weizen hochbunter

129% 104 Br. bez., 127/128% 102 Br. bez., bunter 125% 126% 92 Br. bez., 124% 92½ Br. bez., rotbraun 120% 70% 80% 55% 92 Br. bez., 119/120% 85 Br. bez., — Roggen 120% 70% 80% 55% 92 Br. bez., 107/108% 42% Br. bez., ne. 80% ne. März 57 Br. Br., 56 Br. Br., ne. Frühj. 59 Br. Br., 58 Br. Br., ne. Mai-Juni 59 Br. Br., 58 Br. Br. — Gerste ne. 70% groß 43/50 Br. Br., kleine 43/50 Br. Br. — Hafer ne. 50 Br. Br. — Gerste ne. 50 Br. Br. — Hafer 70% 30% Br. Br. — Erbsen ne. 50 Br. Br., mittel 65/85 Br. Br., ordinaire 35/60 Br. Br. — Kleesaat, rothe 14/20 Br. Br., weiße 18/26 Br. Br. — Thymotheum 8/11% Br. ne. Br. — Leinsaat 70% 55/70 Br. Br. — Widen 70% 50/60 Br. Br. — Leinsaat ne. 70% fein 85/95 Br. Br., mittel 65/85 Br. Br., ordinaire 35/60 Br. Br. — Kleesaat, rothe 14/20 Br. Br., weiße 18/26 Br. Br. — Leinsaat 70% 55/70 Br. Br. — Widen 70% 50/60 Br. Br. — Leinsamen, Pernauer 14 Br. ne. Frühj. ohne Fas 17½ Br. Br.

Stettin, 19. März. Weizen loco ne. 85% gelber und

weißbunter 83—89 Br., geringer 72—82 Br., 83/85% gelber

ne. Frühj. 86%, 86 Br. bez. u. Br. — Roggen ne. 2000% loco 53—56½ Br., Frühj. 53½%, 5½ Br. bez. u. Br. — Gerste loco Schaf. 70% 47—48 Br., 69/70% Frühj. 48 Br. Br. — Hafer loco ne. 50% 29½—30½ Br., 47/50% ne. Frühj. 31 Br. bez. u. Br., 30% Br. Br. — Erbsen loco 70% 53—54½ Br., Frühj. 54½% Br. Br. — Rübbel loco 11% Br. Br., April—Mai 11½ Br. bez. u. Br., 1% Br. Br. — Spiritus loco ohne Fas 16½ Br. Br. bez., Frühj. 16½% Br. Br. u. Br. — Hering, Schott, crown und full Brand 14% Br. tr. bez. — Petroleum 7%, 1% Br. bez., — Mandeln, süß Bari auf Lief. 26½ Br. tr. bez. — Leinsamen, Pernauer 14 Br. ges. — Actien, Vulkan 82 Br. Br.

Berlin, 19. März. Weizen ne. 2100% loco 70—87 Br.</p

Berliner Fonds-Börse vom 19. März.

Eisenbahn-Aktionen.

	Dividende pro 1865.		
Aachen-Düsseldorf	47/30	31	—
Aachen-Maastricht	—	4	34½ b3
Amsterdam-Rotterd.	7½	4	98 b3
Bergisch-Märk. A.	9	4	146½ b3 u G
Berlin-Anhalt	13	4	217½ b3
Berlin-Hamburg	9½	4	156½ B
Berlin-Potsd.-Dagdbrg.	16	4	207½ b3
Berlin-Stettin	8	4	137½ b3
Böh. Westbahn.	—	6	61 et b3
Bresl.-Schw.-Kreis.	9	4	137 b3
Brieg-Reiße	5½	4	100 B
Cöln-Minden	17½	4	142½ b3
Cösel-Oderbahn (Wilh.)	2½	4	55½ b3
do. Stamm-Pr.	—	4½	—
do. do.	—	5	—
Ludwigsh.-Bebach	10	4	149 b3
Magdeburg-Halberstadt	15	4	203 b3
Magdeburg-Leipzig	20	4	250 B
Mainz-Ludwigshafen	8	4	128½ b3
Mecklenburger	3	4	78 b3
Niederschl.-Märk.	—	4	90½ b3
Niederschl.-Briegbahn	3½	4	93½ b3

	Dividende pro 1865.		
Nordb. Friedr.-Wilh.	4	4	81½ b3
Oberschl. Litt. A. u. C.	11½	3½	186 b3
Litt. B.	11½	3½	159½ b3
Deßter.-Frz.-Staatsb.	—	5	109½ b3
Oppeln-Tarnowitz	3½	5	73½ b3
Rheinsche	7	4	117 b3
do. St.-Prior.	7	4	—
Rhein-Nahebahn	0	4	32½ b3
Russ. Eisenbahn	—	5	78½ B
Stargardt-Posen	4½	4½	94 B
Südosterr. Bahnen	7½	5	109% b3
Thüringer	8½	4	134½ b3 u B

Bank- und Industrie-Papiere.

	Dividende pro 1865.		
Preuß. Bank-Anteile	10½	4½	154 b3
Berlin. Kassen-Verein	8½	4	155 G
Pom. N. Privatbank	5½	4	93 B
Danzig	7½	4	112 B
Königsberg	6½	4	111 G
Posen	6½	4	101½ et b3
Magdeburg	5½	4	94 G
Disch.-Comm.-Untheil	6½	4	102 b3
Berliner Händels-Gesell.	8	4	107 G
Österreich. Credit.	4½	5	72½-1½ b3

Dividende pro 1865.

Dividende pro 1865.